

L1NEU Leitantrag - Zeitenwende - Was Thüringen jetzt tun muss

Gremium: LaVo
Beschlussdatum: 22.05.2022
Tagesordnungspunkt: 4. Anträge

Antragstext

1 Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Seit dem 24.02.2022 ist Frieden in
2 Europa kein Normalzustand mehr. Der aggressive Angriffskrieg von Russland gegen
3 die Ukraine bedeutet eine Zeitenwende in Europa und Deutschland, mit
4 weitreichenden Konsequenzen auf unser aller Leben, auf alle Felder der
5 Politik. Es braucht eine neue Sicherheitsarchitektur, die die Verteidigungs- und
6 Aussenpolitik ebenso umfasst, wie die Landwirtschafts-, Energie- und
7 Wirtschaftspolitik.

8 Gleichzeitig ist die Corona-Pandemie nicht vorbei, so sehr wir uns das alle
9 wünschen würden. Die Expert*innen sind sich weitgehend einig, dass spätestens im
10 Herbst die Gefahren durch das mutierende Virus wieder ansteigen. Indizien dafür
11 gibt es bereits jetzt. Hier müssen wir verhältnismäßige, wirksame Werkzeuge
12 rechtzeitig zur Verfügung stellen, um keine Verschärfung der Krise herauf zu
13 beschwören. Wir müssen dabei mit Widerstand anderer Parteien in Land und Bund
14 rechnen. Und diese aktuellen Krisen finden auf dem Hintergrund der durch uns
15 Menschen verursachte Klimakrise und dem Artensterben statt, die manchmal kaum
16 merklich, aber unaufhaltsam dabei sind, die Lebensgrundlage auf unserem Planeten
17 unwiederbringlich zu zerstören.

18
19 Seit dem 24.02. stehen nun alle politischen Entscheidungen unter dem Eindruck
20 des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine. Dieser Krieg hat bereits
21 tausende Tote gefordert, Millionen müssen vor Tod und Folter aus ihrer Heimat
22 fliehen, ein Ende ist nicht abzusehen. Er stellt einen eklatanten Bruch des
23 Völkerrechts dar, ist ein Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht, auf die
24 Demokratie und auf die Menschenrechte. Die Kriegsverbrechen von Botscha und
25 Irpin beweisen, wie brutal, rücksichtslos und maßlos Putin seinen völkisch-
26 faschistischen Imperialismus durchsetzen will. Der Ukraine muss deshalb jede
27 Hilfe zur Selbstverteidigung ermöglicht werden. Wir unterstützen deshalb
28 ausdrücklich die klare, wertorientierte und bündnisorientierte Außenpolitik von
29 Annalena Baerbock ebenso wie die umfassenden Wirtschafts- und Finanzsanktionen
30 gegen Russland. Wir unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, allen voran
31 von Robert Habeck, möglichst schnell unabhängig von Kohle, Öl und Gas aus
32 Russland zu werden und die Energiewende unter Hochdruck voranzutreiben. Wir
33 können es uns nicht erlauben, uns wieder von den fossilen Rohstoffimporten
34 anderer Länder abhängig zu machen. Außerdem unterstützen wir alle Mittel für
35 humanitäre Hilfe vor Ort. Der Krieg wird aber nicht nur gegen die Ukraine
36 geführt, er ist auch ein Krieg gegen die Länder dieser Welt, die auf
37 Lebensmittelimporte angewiesen sind. Auch hier unterstützen wir ausdrücklich die
38 Bemühungen von Umweltministerin Steffi Lemke und Landwirtschaftsminister Cem
39 Özdemir internationale Koalitionen zur Bekämpfung der entstehenden Hungerkrise
40 zu schmieden und die europäische Lebensmittelpolitik an den Engpässen durch den
41 Nahrungskrieg von Putin auszurichten und dabei vor allem auch die materiell
42 weniger wohlhabenden Länder mitzudenken.

43

44 Waffenlieferung ohne Aufrüstungsspirale

45 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind in Thüringen eine Partei, die aus der Umwelt und
46 Friedensbewegung innerhalb der DDR, die aus den Bürgerbewegungen der friedlichen
47 Revolution entstand. Dabei stand der Gedanke einer aktiven Friedenspolitik, die
48 das Ziel einer (Atom-)waffenfreien Welt im Blick hat, immer im Zentrum. Die
49 Entscheidung nun in eine Krisenregion Waffen aller Art zu schicken, stellt uns
50 vor schwierige Gewissensentscheidungen. Auch wenn wir angesichts der Lage in der
51 Ukraine mehrheitlich zu dieser Entscheidung gelangen, stellt es für viele von
52 uns eine Zumutung dar. Klar ist, dass wir diese Situation keinesfalls als
53 Blaupause verstehen und damit eine völlige Abkehr von unserer bisherigen
54 Friedenspolitik eingeleitet wird. Vielmehr wird durch diese Situation klar, wie
55 wichtig eine wertegeleitete, nicht nur an Handels- und Territorialinteressen
56 orientierte Außenpolitik ist. Und wir wissen, welchen wichtigen Anteil für
57 Friedensprozesse die Auseinandersetzung und die Wertschätzung des Pazifismus in
58 seinen verschiedenen Erscheinungsformen spielt. Klar ist auch, dass die
59 Vernachlässigung von aufmerksamer und kluger Abrüstungspolitik bei nachlassender
60 Wehrhaftigkeit unserer Bündnisse keine guten Ergebnisse bringen. So stehen wir
61 dazu der Ukraine alles zu liefern, was sie braucht, um ihr Land effektiv zu
62 verteidigen, da die Situation hier im Gegensatz zu den meisten Krisen und
63 Konflikten so klar und eindeutig ist. Russland als militärische Großmacht
64 überfällt völkerrechtswidrig, getrieben von einer imperialen nationalistischen
65 Ideologie, einen kleineren Nachbarn mit dem (ursprünglichen) Ziel, dessen
66 Existenz auszulöschen. Die Ukraine als souveräner, demokratischer Staat nimmt
67 lediglich ihr Selbstverteidigungsrecht wahr. Ein Ausbleiben der Unterstützung
68 würde global einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen, der völkerrechtliche
69 Prinzipien aushebelt und anderen Großmächten als Vorbild dienen kann, in ein
70 anderes schwächeres Land einzumarschieren. Auch für die Sicherheitslage in
71 Europa wäre ein russischer Sieg in diesem Krieg fatal.

72

73 Auf der anderen Seite ist jedoch klar, dass es nicht zu einer Aufrüstungsspirale
74 kommen darf. Deshalb stehen wir dem 100MRD Sondervermögen kritisch gegenüber.
75 Wir müssen zwar feststellen, dass die Bundeswehr in einem schlechtem Zustand
76 ist. Für uns ist klar, dass unsere Bundeswehr in der Lage sein muss ihren
77 Beitrag zur Landes- und Bündnisverteidigung wahrzunehmen. Die Vergangenheit hat
78 allerdings gezeigt, dass pauschale Geldbeträge nicht weiterhelfen. Die
79 Finanzierung der Bundeswehr ist in den letzten Jahren massiv gestiegen.
80 Deutschland gibt bereits jetzt im internationalen und europäischen Vergleich
81 enorme Summen für Rüstung aus. Eine deutliche Verbesserung der Bundeswehr, der
82 Ausstattung und der Handlungsfähigkeit blieb allerdings aus. Es muss daher
83 sichergestellt werden, dass weder Sondervermögen noch ein höherer Wehretat in
84 komplizierten Beschaffungssystemen oder teuren Beraterverträgen versickert.
85 Daher müssen zuerst die Beschaffungsstrukturen der Bundeswehr massiv reformiert
86 werden. Für die nötigen Investitionen braucht es einen dezidierten Plan, um die
87 notwendige Ausrüstung klug anzugehen. Außerdem muss es mehr Investitionen in
88 Katastrophenschutz und Cybersicherheit geben, die sind bei einer notwendigen
89 Ausstattung zur Landesverteidigung ebenfalls so essenziell wie eine gut
90 ausgestattete Bundeswehr.

91 Solidarität mit den Geflüchteten - Integration jetzt vorantreiben

92

93 Etwa 17.000 Menschen aus der Ukraine haben bis Mitte Mai in Thüringen Zuflucht
94 gefunden, größtenteils Ältere, Frauen und Kinder, und es ist wahrscheinlich,
95 dass es noch deutlich mehr werden. Die von Anfang an große Hilfsbereitschaft der
96 Thüringerinnen und Thüringer war und ist überwältigend.

97
98 Doch leider stellen wir fest, dass die Hilfsbereitschaft, aber auch die
99 Flexibilität der Behörden nicht allen Geflüchteten gegenüber gleich groß ist.
100 Bundestag und Bundesrat haben für alle ukrainischen Geflüchteten den Wechsel vom
101 Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch beschlossen. Das ist ein
102 wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Er darf aber nicht zu geflüchteten
103 Menschen 1. oder 2. Ordnung führen. Geflüchtete aus anderen Ländern haben immer
104 wieder mit starken alltäglichen Rassismen, geringerer finanzieller Unterstützung
105 und höheren Hürden beispielsweise bei der Anerkennung ihrer Berufsabschlüsse zu
106 kämpfen. Dabei verdienen alle Geflüchteten gleichermaßen bestmögliche
107 Unterstützung. Das Ziel muss sein, die Größzügigkeit im behördlichen Umgang mit
108 den Ukrainegeflüchteten auf alle Geflüchteten auszuweiten und schnelle,
109 dezentrale Unterbringung, sofortige Arbeitserlaubnis und Bildungs- und
110 Integrationsangeboten von Anfang an für alle zu ermöglichen.

111
112 Durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Ehrenamtlichen sind
113 viele ukrainische Geflüchtete inzwischen gut in Thüringen angekommen. Das wurde
114 auch durch den Strukturaufbau aufgrund der Erfahrungen der Jahre 2014/2015
115 möglich. Leider zeigt sich jetzt aber, dass die Kommunen noch nicht ausreichend
116 darauf vorbereitet sind, in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufzunehmen. Mehr als
117 die Hälfte der ukrainischen Geflüchteten sind bei Verwandten, Freunden oder bei
118 Privatpersonen untergekommen. An vielen Orten kümmern sich Ehrenamtliche,
119 Landsleute, Tafeln, zivilgesellschaftliche Initiativen, Religionsgemeinschaften
120 oder Vereine um die Lebensmittelversorgung, die Vermittlung von Wohnraum, die
121 Beschaffung wichtiger Medikamente oder das Dolmetschen bei Behördengängen. Die
122 Ehrenamtlichen haben damit vor allem in den ersten Wochen bei der Aufnahme und
123 Versorgung von Geflüchteten einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Ehrenamtliches
124 Engagement kann jedoch funktionierende staatliche Strukturen nicht dauerhaft
125 ersetzen. Daher müssen wir nun alles daran setzen, die ehrenamtliche Arbeit mit
126 den Geflüchteten finanziell besser zu unterstützen und in möglichst
127 professionelle Strukturen zu überführen. Kommunen müssen sich vor dem
128 Hintergrund der aktuellen Erfahrungen fit machen, um in Zukunft auf hohe Zahlen
129 von Geflüchteten besser vorbereitet zu sein. So braucht es Notfallpläne für
130 große Fluchtbewegungen, schnellere Registrierungsverfahren, kommunale
131 Integrationskonzepte, eine Personalreserve in den Verwaltungen und kurzfristig
132 einzusetzende Freiwilligen- und Ehrenamtskoordinator*innen.

133
134 Niemand kann derzeit sagen, wie lange die ukrainischen Geflüchteten bei uns
135 bleiben werden. Trotzdem müssen nun die Bemühungen darauf fokussiert sein, die
136 Integration voranzubringen. Der Bund ist seinerseits aufgefordert, die Länder
137 und Kommunen verlässlich finanziell zu unterstützen und die Mittel für die
138 Integrationskurse, die Migrationsberatung aber auch die psychosoziale Beratung
139 deutlich auszubauen. Darüberhinaus sind die vielen Integrationsangebote der
140 vielfältigen Trägerlandschaft im Land wichtig. Sie brauchen dringend Sicherheit
141 für die Finanzierung ihrer Projekte. Diese wird durch die von der CDU erzwungene
142 globale Minderausgabe erschwert. Der Migrationsetat des Landes muss daher in der
143 aktuellen Situation über einen Nachtragshaushalt oder ein Sondervermögen von der

144 globalen Minderausgabe befreit werden. Durch ein Integrationsfördergesetz wollen
145 wir die Finanzierung dieser Projekte langfristig sicherstellen.

146
147 Vor allem die ukrainischen Kinder und Jugendliche müssen nun zur
148 Traumabewältigung und Integration schnell in die Kindergärten und Schulen
149 aufgenommen werden. Das stellt die Kommunen vor besondere Herausforderungen, die
150 vielerorts schon volle Schulen und Kindergärten haben. Es braucht dazu eine
151 Ausweitung der Rahmenkapazitäten der Kindergärten und zusätzliches Personal. Die
152 Sprachförderung in "Deutsch als Zweitsprache" und die muttersprachliche Bildung
153 müssen ausgebaut werden. Gleichzeitig gilt es, durch vereinfachte
154 Anerkennungsverfahren den Einsatz ukrainischer Erzieher*innen und Lehrkräfte
155 einfacher zu ermöglichen. Den ukrainischen Kindern und Jugendlichen soll zudem
156 die Gelegenheit gegeben werden, ergänzend am ukrainischen Onlineunterricht
157 teilzunehmen.

158
159 Migration, Integration und die Aufnahme von Geflüchteten ist kein temporäres
160 Projekt, sondern in einer globalisierten Welt eine Daueraufgabe. Um dieser
161 Aufgabe zukunftsorientiert in hoher Qualität gerecht zu werden braucht Thüringen
162 ein eigenes Landesamt für Migration, das dem fachlich zuständigen Ministerium
163 zugeordnet ist. Wir wollen die rechtlichen, personellen und sächlichen
164 Grundlagen für dieses Amt schaffen. Dann können auch die dringend nötigen
165 Verbesserungen in den Erstaufnahmestellen des Landes ermöglicht werden, damit
166 schutzsuchende Menschen würdevoll in unserem Land ankommen können.

167
168 Energiewende bedeutet Energiesicherheit

169
170 Der Krieg gegen die Ukraine und die damit verbundenen Implikationen hat eine
171 Bewusstsein für die Notwendigkeit einer schnellen Energiewende geschaffen. Aber
172 auch der neueste IPCC-Report sagt für Thüringen massive Auswirkungen der
173 Klimakrise vorher, u. a. Trockenheit, Hitzewellen und Ernteauffälle, welche die
174 Wasser- und Nahrungsmittelversorgung bedrohen - wir brauchen eine sichere,
175 günstige und saubere Energieversorgung! Deshalb müssen und wollen wir eine
176 Aufbruchstimmung erzeugen! Zusammen mit dem Handwerk und der Industrie, zusammen
177 mit den Kommunen, Stadtwerken und Bürgerinitiativen wollen wir Initiativen zur
178 schnelleren Umsetzung der Energiewende entwickeln. Dazu ist eine sofortige,
179 stärkere und dauerhafte Schwerpunktsetzung im Landeshaushalt auf Energiewende,
180 Energieeffizienz und Klimaschutz dringend notwendig.

181
182 Es rächt sich, dass die Große Koalition Deutschland ohne Not immer weiter in
183 eine energiepolitische Abhängigkeit von Russland getrieben haben. Bündnis90/die
184 Grünen haben fortlaufend vor dieser Entwicklung gewarnt, haben Nordstream II
185 nicht nur aus Gründen des Klimaschutzes, sondern auch wegen der geostrategischen
186 Gefahr entschieden abgelehnt.

187 Treiber der hohen Preise in allen Bereichen, auch in der Nahrungsmittelindustrie
188 sind die teuren fossilen Energien, ist die fossile Inflation. Sie belastet vor
189 allem Menschen mit geringem Einkommen. Durch die Abhängigkeit von Russland,
190 künstliche Verknappung durch fossile Konzerne und Spekulationen schießen die
191 Preise in die Höhe. Sie sorgen für Rekordgewinne bei Öl-, Gas- und
192 Kohlekonzernen und finanzieren zusätzlich unerträglicherweise Putins Krieg. Die
193 Folgen dieser fehlgeleiteten Politik, die Folgen des Energiekrieges und des
194 Nahrungsmittelkrieges sind auch sehr deutlich in Thüringen zu spüren.

195 Deshalb gilt es, Importmengen fossiler Energieträger besonders aus russischen
196 Quellen so schnell wie möglich durch andere Importquellen zu ersetzen bzw. den
197 Verbrauch zu reduzieren, sowie Sondergewinnsteuern auf die Krisenprofite der
198 fossilen Wirtschaft einzuführen, mit denen eine echte Entlastung der
199 Bürger*innen finanziert werden kann. Mittel- und langfristig aber muss alle
200 Energie aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne, Wind und Wasser gewonnen werden.
201 Thüringen zahlt jedes Jahr 2 Mrd. Euro für ausländische Energieimporte, die viel
202 besser in regionale Wertschöpfungsketten investiert wären.

203 Weg vom Erdgas

204

205 Erdgas deckt ca. 26 Prozent des kompletten Energiebedarfs in Deutschland. Nahezu
206 die gesamte verbrauchte Erdgasmenge in Deutschland wird importiert, davon
207 zuletzt rund 55 Prozent aus Russland. Eine schnelle Diversifizierung der
208 Gasversorgung ist notwendig. Dazu braucht es eine gezielte gemeinsame
209 Anstrengung der europäischen Gemeinschaft. Wir sehen die derzeitigen
210 Anstrengungen sofort LNG-Terminals in Deutschland zu errichten sehr kritisch,
211 erkennen jedoch an, dass diese notwendig sind, um der Abhängigkeit von
212 russischem Erdgas zu entkommen. Sie müssen jedoch H2-ready konstruiert sein,
213 sodass die Umstellung auf grünen Wasserstoff einfach möglich ist, um bis
214 spätestens 2035 vollständig aus der Nutzung von fossilem Gas auszusteigen. Der
215 Aufbau neuer Gasinfrastrukturen darf auf keinen Fall dazu führen, dass neue
216 langfristige Importabhängigkeiten von fossilen Rohstoffen geschaffen werden.

217 Biogas sollte, auch wenn es in Thüringen schon weitgehend ausgereizt ist, dennoch
218 aufmerksam evaluiert werden. Wir begrüßen es, dass tagesaktuell
219 branchenbezogene Analysen zu den Auswirkungen der aktuellen Lage am Gasmarkt auf
220 Thüringer Unternehmen sowie Einrichtungen der Daseinsvorsorge erarbeitet werden.
221 Für einen regionalen Ausgleich bei möglichen Engpässen halten wir
222 kontinuierliche Energiedialoge und Notfallpläne für sinnvoll.

223

224 Weg vom Öl

225

226 Dank der Anstrengungen von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck ist die
227 Importabhängigkeit in kürzester Zeit von russischem Öl von 35% auf nunmehr 12%
228 gesunken. Wir begrüßen den von der EU-Kommission vorgeschlagenen Importstopp.
229 Gerade vor dem Hintergrund der stark von russischen Öllieferungen abhängige
230 Wirtschaft Thüringens unterstützen wir die aktuellen Bemühungen der
231 Bundesregierung um alternative Lieferbeziehungen, etwa über die Häfen Rostock
232 und Gdańsk/Danzig. Zur Reduktion des Treibstoffverbrauchs setzen wir uns für ein
233 Tempolimit, autofreie Tage sowie die Abschaffung des Dienstwagenprivilegs auf
234 fossil angetriebene Fahrzeuge ein. Der private und öffentliche Fahrzeugbestand
235 muss zügig weiter elektrifiziert und das Angebot insbesondere im ländlichen Raum
236 durch bessere Taktungen (Mibilitätsgarantie) ausgebaut werden. Das 9-Euro-Ticket
237 sollte schnell evaluiert und möglichst verstetigt werden. Zur Steigerung der
238 Attraktivität des Radverkehrs sollten schnell und unbürokratisch neue Radwege
239 und -streifen errichtet und Bike-and-Ride-Stellplätze an den Bahnhöfen und
240 Haltepunkten eingerichtet werden. Bei finanziellen Unterstützungsmaßnahmen für
241 Privathaushalte ist vor allem auf eine zielgerichtete Entlastung niedriger
242 Einkommen durch zu achten. Finanzielle Hilfen nach dem Gießkannenprinzip halten
243 wir hingegen für falsch. Einsparungen und Effizienzsteigerung haben ein noch
244 immer ungeheures Potential. Die Förderung von Initiativen zur Steigerung der

245 Energieeffizienz in Unternehmen, beispielsweise durch Einführung von
246 Energiemanagementsystemen, wollen wir verstärken. Besonderes Potenzial
247 hinsichtlich der Einspar- und Effizienzeffekte haben auch gesetzliche
248 Anpassungen im Gebäudesektor. Die Mindeststandards im Gebäudebestand und im
249 Neubau sowie die Anforderungen an die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung
250 müssen mit dem 1,5-Grad-Pfad in Einklang gebracht werden. Ebenso müssen
251 energetische Sanierungen von Bestandsgebäuden und der Einbau von Wärmepumpen
252 stärker finanziell gefördert werden, im Zweifel auch durch eine entsprechende
253 Erweiterung des Landesförderprogramms Wärmelvest. All diese Maßnahmen müssen
254 mit sozialen Ausgleichsmaßnahmen flankiert werden.

255

256 Hin zu Erneuerbaren Energien

257

258 Wir unterstützen die von der Bundesregierung formulierten Ausbauziele und wollen
259 auch in Thüringen die davon abgeleiteten Flächenziele für Erneuerbare Energien
260 umsetzen. Dies ist zur Standortsicherung der Thüringer Industrie unerlässlich.

261

262 - Windkraft -

263

264 Die Windkraft macht uns unabhängiger von Energieimporten und steigert die
265 Versorgungssicherheit Thüringens, Sie liefert in Thüringen günstig und
266 umweltfreundlich Energie, schafft vor Ort Arbeitsplätze, Wertschöpfung und
267 Infrastruktur. Sie lässt sich über Wärmepumpen, Straßenbahnen, Züge und E-Busse
268 auch zum Heizen und im Verkehr nutzen. Sie bringt z.B. über die Flächenpacht,
269 die Gewerbesteuer oder direkte Zahlungen der Betreiber nach dem EEG Einnahmen
270 für die kommunalen Haushalte, kann mit Bürgerbeteiligung ausgebaut werden, ist
271 rückstandslos rückbaubar und erzeugt keine Altlasten.

272 Der Windenergieausbau kommt aber bisher in Thüringen nicht voran, weil zu wenige
273 Flächen bereitgestellt werden. Dabei gibt es noch viele geeignete Standorte, an
274 denen Windenergieanlagen natur- und sozialverträglich errichtet werden können.
275 Eine "Verhinderungsplanung" kann sich Thüringen finanziell und ökologisch nicht
276 länger leisten. Deshalb fordern wir die Ausweisung von Vorranggebiete für
277 Windenergie auf 2% der Flächen in ganz Thüringen, analog zur neuen Zielsetzung
278 auf Bundesebene und die Abschaffung aller pauschalen Mindestabstände zu
279 Windenergieanlagen. Die neuen Regelungen, die mit dem Sommerpaket im
280 Planungsrecht bei Windenergieanlagen kommen werden, müssen möglichst schnell in
281 die Praxis der Regionalpläne umgesetzt werden.

282 Wir brauchen das Bekenntnis der Landkreise und Kommunen zur Unterstützung bei
283 der Errichtung neuer Windkraftanlagen und Repowering von Windenergieanlagen an
284 alten Standorten – zur Verantwortung für die Daseinsvorsorge in Thüringen. Wir
285 unterstützen besonders Bürgerwindparks sowie solche Projektierer, die nach dem
286 Siegel "Faire Windenergie Thüringen" arbeiten. Eine stärkere Einbindung der
287 Bürger*innen vor Ort bei der Planung neuer Windkraftstandorte verbessert die
288 Akzeptanz, stärkt die Demokratie und beschleunigt die Fertigstellung.

289

290 Der Thüringer Wald ist krank, darunter leiden die Artenvielfalt und das
291 Binnenklima. Der Wald als wichtiger CO2 Speicher fällt mehr und mehr aus. Auch
292 die Forst- und Holzindustrie gerät dadurch in enorme Schwierigkeiten. Der Umbau
293 des Waldes hin zur Klimaresilienz ist eine Generationenaufgabe. Der gezielte und
294 kluge Ausbau von Windkraftanlagen im Wald kann helfen die ökonomischen Folgen

295 für die Waldbesitzer abzufedern und zur Energiewende beizutragen. Deshalb ist
296 das Verbot von Windenergieanlagen im Wald für die heimische Wirtschaft, für den
297 Wald selbst äussert schädlich und gehört sofort abgeschafft.

298

299 - Photovoltaik -

300

301 Die schnelle Abrufung von Solarinvest zeigt wie groß das Potenzial für
302 Solaranlagen in Thüringen ist. Deshalb wollen wir die Förderung weiterentwickeln
303 und das Solardach zum neuen Standard machen. Die Kommunen und kommunalen
304 Unternehmen, aber auch die Landesregierung mit ihrer Vorbildwirkung sollen
305 vorangehen und schnell Solaranlagen auf allen verfügbaren Dächer zu
306 installieren. Außerdem braucht es einen konstruktiven Dialog mit dem
307 Denkmalschutz. Mit gutem Willen und Phantasie können so aus Gegenspieler*innen
308 Partner*innen werden. Auch die ungenutzten Potentiale von Flächen wie
309 Randstreifen von Straßen, Parkplätzen, Deponien und unproduktiver Grünfläche
310 sollen vermehrt genutzt werden.

311

312 - Wärmewende ist dezentral -

313

314 Die Wärmewende ist ein nicht zu unterschätzender Baustein hin zur Unabhängigkeit
315 von fossilen Energieträgern. Hier sind vor allem die Stadtwerke im Land gefragt,
316 die Wärmeversorgung umzustellen und stärker auf Biomasseanlagen, industrielle
317 Abwärme, Solarthermie und Geothermie zu setzen. Kommunen wollen wir stärker
318 darin unterstützen, lokale Wärmeanalysen und darauf aufbauend Wärmekonzepte zu
319 erstellen und damit den Schritt Richtung erneuerbare Wärmeversorgung zu machen.
320 Wir wollen darüber hinaus das Förderprogramm WärmeInvest weiterentwickeln, um
321 auch den Umbau der Wärmeversorgung von Gebäuden auf Wärmepumpen oder Geothermie
322 zu fördern.